

Hildesheimer Allgemeine Zeitung

DEUTSCHLANDS ÄLTESTE TAGESZEITUNG



UNABHÄNGIG UND ÜBERPARTEILICH

Donnerstag, 21. Oktober 2021

Gegründet 1705 | Nr. 246 | Preis 2,30 €

Vollgas gegeben

Das verrückte Rennen von Michael Kracke
Seite 23



HILDESHEIM UND REGION

HILDESHEIM

Gefälschter Impfausweis mit Hildesheim-Stempel im Netz

Bei seiner Recherche nach gefälschten Corona-Impfpässen ist ein Österreicher Journalist auf einen Impfausweis mit Hildesheim-Stempel gestoßen. Der Polizei sind inzwischen bereits diverse Fälle falscher Ausweise bekannt. **Seite 9**

HILDESHEIMER LAND

Hohe Nachfrage nach Impfung gegen Grippe

Zu Beginn der Grippe-Saison ist die Nachfrage nach einer Impfung bereits sehr hoch. In einigen Arztpraxen gab es schon Engpässe – aber es wird nachgeliefert. Für die Impfung sei auch im November noch Zeit, so die Mediziner. **Seite 15**

THEMA DES TAGES

Höhere Kosten, weniger Gäste: Gastronomen bangen

Anderthalb Jahre nach Beginn der Pandemie wächst bei vielen Gastronomen die Sorge. Die Umsätze waren vielfach mäßig, nun fürchten sie einen harten Winter mit deutlich höheren Ausgaben. **Seite 14**

AUS ALLER WELT

POLITIK

Ex-Soldaten bieten Dienste einer Söldnertruppe an

Der Verdacht wiegt schwer: Zwei deutsche Ex-Soldaten sollen Saudi-Arabien angeboten haben, mit einer Söldnertruppe im Nachbarland Jemen zu kämpfen. Das Königreich ist auf das Angebot aber wohl nicht eingegangen. Die Männer sitzen in Untersuchungshaft. **Seite 4**

SPORT

Bayern in der Champions League nicht zu stoppen

Der FC Bayern München hat einen großen Schritt Richtung Achtelfinale der Champions League gemacht. Am Mittwochabend gewannen die Bayern in der Gruppe E bei Benfica Lissabon mit 4:0 (0:0). Der VfL Wolfsburg verlor dagegen mit 1:3 (1:1) bei RB Salzburg in der Gruppe G. **Seite 24**

DAS WETTER



Rätsel & Horoskop Seite 10
Fernsehprogramm Seite 19
Medien & Wetter Seite 20
Familienanzeigen Seite 27
Anschrift: Postfach 100 555, 31105 Hildesheim
Redaktion: (0 51 21) 106-0
Kleinanzeigen Privatkunden: (08 00) 106 71 00*
Abonnenten-Service: (08 00) 106 72 00*
Fax: (0 51 21) 106-2 17
*Kostenlose Servicenummern

HAZ www.hildesheimer-allgemeine.de
www.facebook.com/hinews
www.instagram.com/hildesheimerallgemeine



4 190374 402305

WM-Gold für Emma Hinze

Die Hildesheimerin triumphiert bei der Bahnrad-Weltmeisterschaft in Roubaix im Teamsprint mit Lea-Sophie Friedrich und Pauline Grabosch. **Seite 23**



FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

Seehofer will Geschäft mit Flüchtlingen stoppen

Gemeinsame Polizeieinsätze mit Polen sollen Menschen schmuggeln über Osteuropa bremsen / Niedersachsen nimmt derzeit wieder Tausende auf

Von Michael B. Berger und Martina Herzog

Hannover. In der Diskussion um die stark steigende Zahl unerlaubter Einreisen sieht Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) dringenden Handlungsbedarf – und setzt auf eine engere Zusammenarbeit mit Polen. Es seien bereits acht Hundertschaften der Bundespolizei zur Grenze verlegt worden, sagte Seehofer am Mittwoch. Seinem polnischen Kollegen Mariusz Kaminski schlug er gemeinsame Streifen deutscher und polnischer Grenzschützer vor. Eine Schließung der Grenze sei jedoch nicht beabsichtigt. Aus Belarus finde eine „staatlich organisierte, zumindest unterstützte Schleusertätigkeit statt“. Dieses Vorgehen könne man „unter keinen Umständen billigen“. Mehr als 5600 unerlaubt Eingereiste hat die Bundespolizei dieses Jahr auf der Belarus-Route registriert, davon allein mehr als 3000 im Oktober.

Zustimmung äußerte der innenpolitische Sprecher der FDP, der niedersächsische Bundestagsabgeordnete

nete Konstantin Kuhle. „Wenn Polen und Deutschland weiterhin offene Grenzen zwischen beiden Ländern wollen, dann sitzen sie bei der Migrationspolitik in einem Boot. Sowohl bei gemeinsamen Grenzfahndungen als auch beim stärkeren Druck auf das Regime in Belarus müssen beide Staaten enger zusammenarbeiten“, sagte Kuhle der HAZ.

Unterdessen prüft Seehofers Ministerium zudem die Möglichkeit, Grenzkontrollen für Flüge aus Griechenland einzuführen – weil viele bereits in dem Land anerkannte Flüchtlinge in Deutschland erneut Schutz beantragen. „Das wäre eine sehr wirksame Maßnahme, die ich auch ergreife, wenn es nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen mit Griechenland kommt“, sagte Seehofer nach einer Sitzung des Bundeskabinetts.

Auch in Niedersachsen kommen vermehrt Flüchtlinge an, vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, teilte das Innenministerium gestern in Hannover mit. Einen ähnlich starken Zuzug habe es zuletzt 2018 gegeben. Ab Juli habe Niedersachsen



Die Situation ist längst nicht vergleichbar mit 2015.

Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen

sen jeden Monat mehr als 1000 Flüchtlinge aufgenommen. Im August 1395, im September 1286. Im Oktober wurden bis zu Beginn dieser Woche 860 Flüchtlinge gezählt. Die Aufnahmeeinrichtungen der zuständigen Landesbehörde seien deshalb „hoch belegt“, sagte ein Sprecher – es bestünden aber Reserven. Mittel- bis langfristig würden die vorhandenen Aufnahmekapazitäten erweitert.

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) sieht darin keinen Grund zur Beunruhigung. „Ja, es kommen derzeit wieder mehr Flüchtlinge in Niedersachsen an, aber die Situation ist längst nicht vergleichbar mit dem Zuzug im Jahr 2015“, sagte Weil am Mittwoch der HAZ. Niedersachsen werde auch weiterhin seiner humanitären Verpflichtung nachkommen. „Ich erinnere nur an die Situation in Afghanistan, die aus guten Gründen bei vielen Menschen Betroffenheit auslöst.“ Zum Vergleich: 2015 waren 102.231 Menschen nach Niedersachsen gekommen, im Jahr darauf 31.065 Geflüchtete.

Hochschulen kritisieren Kürzungen

Göttingen. In einem offenen Brief haben elf Hochschulen gegen Sparmaßnahmen der Landesregierung in Hannover protestiert. „Gegen die Einschätzung, die Kürzungen müssten doch zu stemmen sein, legen wir, die Senate von elf niedersächsischen Hochschulen, entschieden Widerspruch ein“, heißt es in dem Schreiben an Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), das die Universität Göttingen am Mittwoch veröffentlichte.

Die Hochschulen verweisen darauf, dass andere Bundesländer „in ganz anderem Umfang in ihre Hochschulen“ investieren. „Es wird immer schwieriger werden, die besten Köpfe für die Hochschulen dieses Landes zu gewinnen“, heißt es weiter. Namentlich sind es die Universität Göttingen, die TU Braunschweig, die Hochschule der Künste Braunschweig, die TU Clausthal, die Universität Hannover, die Hochschule Hannover, die Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover, die Medizinische Hochschule Hannover sowie die Universitäten Oldenburg, Osnabrück und Vechta.

Im Juli hatte eine Reihe von Institutionen gefordert, die Kürzungen im Hochschulbereich zu stoppen.

Umfrage sieht rot-grünes Bündnis vorn

Niedersachsen: SPD und Grüne kämen derzeit zusammen auf 49 Prozent / CDU abgeschlagen

Von Marco Seng

Hannover. Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre, könnten SPD und Grüne wieder auf ein gemeinsames Regierungsbündnis in Niedersachsen hoffen. 34 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger würden ihre Stimme der SPD geben, 15 Prozent den Grünen. Das geht aus einer aktuellen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Arbeitgeberverbandes Niedersachsen-Metall hervor.

Nach der Umfrage könnte die CDU nur mit 26 Prozent der Stimmen rechnen, die FDP käme auf 10 Prozent. Die AfD würde mit 7 Prozent wieder im Landtag vertreten sein, die Linke hingegen erneut an der 5-

Prozent-Hürde scheitern. Das Allensbach Institut hat für die Erhebung zwischen Mitte September und Anfang Oktober mehr als 1100 Niedersachsen befragt.

Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer von Niedersachsen-Metall, betonte, dass es sich um ein Stimmungsbild und nicht um eine Prognose handele. „Die Verschiebungen zwischen SPD und CDU gehen vor allem auf einen Stimmungsumschwung bei den älteren Wählern zurück“, sagte Schmidt am Mittwoch.

Die amtierende rot-schwarze Landesregierung wird von den Niedersachsen überwiegend positiv bewertet. 43 Prozent äußerten sich zufrieden mit der Arbeit der großen Koalition,



Derzeit ohne Chance: Niedersachsen CDU-Chef Bernd Althusmann. FOTO: JÖRG CARSTENSEN/DPA

24 Prozent zeigten sich kritisch. Jeder Dritte wollte kein klares Urteil fällen. Für 43 Prozent steht Niedersachsen gut da. Immerhin 37 Prozent der Befragten sind jedoch der Auffassung: Das Land kann mehr.

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat bei den Wählern ein hohes Ansehen (62 Prozent) und ist fast allen Niedersachsen bekannt (91 Prozent). 43 Prozent der Niedersachsen sind mit der Arbeit von Weil zufrieden, nur jeder Fünfte zeigte sich unzufrieden. 38 Prozent können sich jedoch keine abschließende Meinung von seiner Arbeit bilden.

Mit 41 Prozent der Befragten hält eine relative Mehrheit Stephan Weil für den geeigneteren Ministerpräsidenten als seinen Gegenkandidaten Bernd Althusmann (CDU), den sich derzeit nur 16 Prozent als künftigen Regierungschef wünschen würden. Althusmann kennen 78 Prozent der Niedersachsen, 55 Prozent bewerten ihn positiv.

Chef der Bundesbank tritt ab

Frankfurt/Main. Nach gut zehn Jahren an der Spitze der Deutschen Bundesbank tritt Jens Weidmann als Bundesbankpräsident überraschend zurück. Der 53-Jährige, der häufig die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kritisiert hat, legt sein Amt aus persönlichen Gründen zum Jahresende nieder, wie die Bundesbank am Mittwoch mitteilte. Weidmann habe Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier um Entlassung aus dem Amt zum 31. Dezember 2021 gebeten. EZB-Präsidentin Christine Lagarde und Politiker zollten ihm Respekt.

Kommentar Seite 8
Weidmanns Rückzug Seite 8